

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Frau Keil und Mitarbeiter der Verwaltung,

werte Gemeinderäte, sehr geehrte Vertreter der Presse , liebe Hirschberger*innen

Schön, dass wir im Gemeinderat wieder reden können! Corona hat uns vieles genommen, wie zum Beispiel die persönlichen Treffen außerhalb der Sitzungen. Corona wird noch länger und weitreichende Auswirkungen haben, aber es sollte nie mehr dazu führen, dass die freie Rede und Argumentation in öffentlichen Sitzungen eingeschränkt wird.

Ohne Frage stehen wir auch diesmal wieder vor einem besonderen Haushaltsjahr. Die Pandemie ist noch nicht vorbei, und ihre Folgen werden wir noch lange spüren. Auch die Kommunen stehen vor großen finanziellen Herausforderungen. Zudem stehen wir vor großen gesellschaftliche Umbrüchen, insbesondere in der Arbeitswelt: die Digitalisierung hat eine Riesensprung gemacht, Home-Office wird Normalität, selbst große Firmen wie die BASF canceln geplante Bürogebäude, etliche Firmen bauen Arbeitsplätze ab, auch in unserer Region.

So ist ohne Frage auch dieser Haushalt 2021 wieder ein besonderer – weil fraglich ist, ob er bis zum Verfallsdatum halten wird, und inhaltlich durchaus bemerkenswert ist.

Der Ergebnishaushalt ist nicht ausgeglichen, die Rücklagen werden weiter abgeschmolzen, die Verschuldung steigt um 4 Mio., von derzeit 338 Euro auf 913 Euro pro Kopf. Trotzdem wird der Sanierungsstau ein weiteres Mal in großem Stil vor sich hergeschoben, Klimaschutz ist ein Randthema.

Wenn nun aber die CDU um die Finanzlage bangt, dann sind das Krokodiltränen. Und wenn CDU, Freie Wähler und FDP behaupten, der Bürgerentscheid würde im Falle eines Erfolgs die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde beeinträchtigen und die Zukunft Hirschbergs gefährden, dann ist das schlichtweg falsch und Panikmache!

Hinter uns liegen zwei Jahre mit Haushaltssperren – der Grund: nicht die Pandemie, sondern ganz „normale“ Gewerbesteuerrückgänge aus dem bestehenden Gewerbe. Gewerbesteuer ist schwankend. Es kann keine Lösung sein, reflexartig immer weitere Gewerbegebiete auszuweisen. Das verbaut, abgesehen von den gravierenden ökologischen Folgen, die die Flächenversiegelung nachweislich mit sich bringt, künftigen Generationen die Gestaltungsmöglichkeit. Woher nehmen die aktuellen Gemeinderäte, die gerade so viel über Zukunft und Gestaltung reden, eigentlich das Recht, alle Gestaltungsmöglichkeiten für sich und ihre Begehrlichkeiten zu reklamieren, aber ihren Nachfolgern und Nachfolgerinnen keine Spielräume zu überlassen? Berechtigen die im Gutachten ausgewiesenen erstaunlich

mageren finanziellen jährlichen Mehreinnahmen dazu, die vielen eklatanten Nachteile außer Acht zu lassen und unseren Kindern und Enkeln aufzubürden?

Gerade diese 3 Fraktionen haben es doch versäumt, in der Vergangenheit zu sparen! Vielmehr wurden teure Prestigeobjekte ohne Sparwillen aufgegleist, deren finanziellen Folgen die Gemeinde heute ausbaden hat. Paradebeispiel: Neubau des Kindergartens, der mittlerweile 8 Mio. teuer ist und mit 4,4 Mio. Euro den Hauptanteil der diesjährigen Investitionen ausmacht.

Auch das sogenannte Sparpaket der FWV, CDU und FDP entpuppt sich als Pseudo-Sparen, als reine Kosmetik: im Wesentlichen wurden Investitionen von 2021 nach 2022 geschoben. Damit werden aber gerade einmal 80.000 Euro „eingespart“. Gerade diese Fraktionen aber haben im Vorjahr Maßnahmen beantragt und durchgesetzt, die Folgekosten im 6-stelligen Bereich bereits in diesem Haushalt haben und evtl. in den kommenden Jahren in Millionenhöhe, wie z.B. die Kosten für das Gewerbegebiet und die Umgehungsstraße.

Dieser Haushalt hätte durchaus echtes Einsparpotential geboten: wir leisten uns eine Lochblech-Wanddekoration am Kindergarten für rund 70.0000 Euro, es gibt Planansätze für Bebauungspläne u.a. für ein Neubaugebiet im 5-stelligen Bereich. Und allein 150.000 Euro sind an Planungskosten für die Umgehungsstraße eingeplant. Dieser Betrag wird von FWV, CDU und FDP ausgegeben, ohne mit der Wimper zu zucken, ein Betrag von 3.000 Euro für einen Sozialpass wurden jedoch als unbezahlbar abgelehnt, genauso wie eine für die Kommune kostenneutrale Sozialstaffelung der Kindergartengebühren . Insbesondere das Projekt Umgehungsstraße ist aus unserer Sicht in der langfristigen Planung unsinnig, zu teuer und umwelttechnisch unverantwortlich. Wir haben angesichts der Mehrheitsverhältnisse verzichtet, einen Antrag auf Streichung zu stellen, das wäre im Hinblick auf das Ergebnis einem Schaufensterantrag gleichgekommen.

Im Moment zumindest hat Großsachsen ein geringes Problem mit Staus oder überlasteter B3. Dagegen hat die Pandemie gezeigt, wie wichtig Naherholungsräume für die Menschen sind: Selbst bei trübem Winterwetter sind die Spazierwege um Hirschberg derzeit stark frequentiert. Eine Umgehungsstraße wird den Menschen einen relevanten Teil dieser Spazierwege nehmen und die Landschaft zerschneiden. Die Lösung besteht im weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs sowie in einer Vermeidung von Autofahrten, aber nicht in der Vereinfachung der Ortsdurchfahrt bzw. Umfahrung des Ortes für den individuellen Autoverkehr.

Davon abgesehen: Kein vernünftig denkender Mensch wird jetzt eine Planung für eine Maßnahme beauftragen, die frühestens in mehreren Jahren in Angriff genommen werden kann, um dann auf veralteten Untersuchungen und Gutachten zu sitzen. Bei den Bauvorhaben und Sanierungen, die für die mittelfristige Planung anstehen, hat eine Umgehungsstraße selbst bei 50% Zuschuss mit Kosten von dann immer noch mindestens 6 Mio. Euro nämlich keinen Platz.

Zunächst muss in die Sanierung der kommunalen Liegenschaften investiert werden, um diese vor weiterem Verfall zu schützen, aber auch um künftig Folgekosten zu reduzieren. Denn auch im Haushalt 2021 sind wieder Kosten für Energie und Strom in Höhe von 595.000 Euro eingeplant – das entspricht in etwa den Einnahmen von 4 Jahren aus der potentiellen Gewerbegebietserweiterung. Entsprechende Investitionen sind also gut angelegtes Geld, weil sie Einsparungen bringen.

Zur Sanierung stehen insbesondere an: Kath. Kindergarten, ev. Kindergarten Großsachsen, die kommunalen Liegenschaften Mühlgraben, das Rathaus und vor allem die Alte Villa. Die Kosten für notwendige Sanierungen werden durch Zuwarten immer teurer. Wir begrüßen daher die Erstellung eines konkreten Fahrplans für dieses Gebäude, hätten uns aber gewünscht, dass entsprechend unseres Antrags auch schon erste Maßnahmen in diesem Jahr möglich gewesen wären. Wir gehen nun davon aus, dass die alte Villa in jedem Fall in den Haushalt und Aufstockungsantrag Städtebauförderung für 2022 aufgenommen wird.

Dagegen ist die Sanierung für das Nebengebäude der Alten Villa für dieses Jahr gesichert: über die Fördermittel des Landes in Höhe von 60% der veranschlagten Kosten, einer großen privaten Spende sowie den eingestellten Haushaltsmitteln. Wir erwarten daher, dass die Kommune diese Sanierung umgehend angeht.

Auffällig ist: der Klimaschutz wird kaum berücksichtigt: 10-15.000 Euro für die Erstellung eines qualifizierten Klimaschutzkonzepts. Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen sah der Haushaltsentwurf 2021 nicht vor. Daher lag der Fokus unserer Anträge auf Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere auf der energetischen Sanierung der Hallen im Zuge der anlaufenden Sanierung. Dies nicht von vornherein umfänglich miteinzuplanen wäre mehr als fahrlässig. Doch das zögerliche Verhalten von FW, CDU und FDP stimmt uns in dieser Hinsicht nicht optimistisch. Dabei ist doch inzwischen klar, dass wir einen klaren Fahrplan brauchen für die Reduktion der gemeindeeigenen Emissionen! Der Rhein-Neckar-Kreis hat sich in seinem neuen Klimaschutzkonzept das Ziel von 0 Emissionen für 2040 gesteckt. Und Hirschberg? Wenn wir unsere Emissionen senken wollen, sind energetische Sanierungen der einfachste und wirkungsvollste Schritt. Gerade bei den Gebäuden, die wir jetzt sowieso angehen, sollte daher die energetische Sanierung eine Selbstverständlichkeit sein statt für Diskussionen im Gemeinderat zu sorgen.

Klimaschutz muss künftig zwingend bei jeder Maßnahme von Anfang an mitgedacht werden! Hier sollte uns der neue Kindergarten ein warnendes Beispiel sein, wie bei Versäumnissen im Vorfeld um spätere nachhaltige Maßnahmen gerungen werden muss, wie jetzt um die Ausgestaltung der Photovoltaikanlage. Zumal Land und Bund für diesen Bereich umfangreiche Förderprogramme aufgelegt haben, die auch wir in Anspruch nehmen können. Die energetische Sanierung der Hallen wird nun bei den einzelnen weiteren Planungen im Gemeinderat thematisiert. Dann wird sich zeigen, wie die Mehrheit des Gemeinderats zum Klimaschutz steht!

Ein weiteres Manko dieses Haushalts: ein offensives Angehen der Versorgung des Ortes mit schnellem Internet, auch hierfür sind keine Mittel vorgesehen. Lediglich die beiden Schulen werden angebunden, was selbstverständlich ist. Aber immer wieder hören wir von Familien, deren schwache Internetverbindung Fernunterricht und Home Office beeinträchtigt. Die Fortschritte in der Digitalisierung jedoch sind erkennbar, die Schulen in Hirschberg haben die Herausforderung der Schulschließungen mit Bravour gemeistert.

Maßvoll, machbar, geboten und vernünftig, ökologisch und zukunftsweisend sowie sozial – so haben wir im Nachtragshaushalt 2020 die Kriterien für zukünftigen Maßnahmen definiert. Wir sehen erhebliche Defizite bei den Kriterien ökologisch, nachhaltig und zukunftsweisend. Maßvoll vermissen wir, wie oben ausgeführt, ebenfalls an manchen Stellen.

Für diesen Haushalt spricht, dass er konservativ und vorsichtig entwickelt ist, mit Zuschüssen und der niedrigeren Kreisumlage ausgewogen ausgearbeitet ist. Wichtige und richtige Investitionen sind: nun die Fertigstellung des neuen Kindergartens, Investitionen in die beiden anderen Kindergärten, Kanalsanierungen und die anstehenden Hallensanierungen. Wir stehen hinter dem Konzept zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, das dann aber auch ab nächstem Jahr konsequent umgesetzt werden muss; freuen uns über die weitere E-Ladesäule, die Stelle für Digitalisierung, die uns hoffentlich fit macht für die Voraussetzungen des Onlinedienst-Gesetzes, die wir ab 2022 erfüllen müssen und über die zusätzliche personelle Verstärkung für das Bauamt. Letztere führt dann hoffentlich bei entsprechender Qualifikation zu Einsparungen von Fremdleistungen und wird uns sicher auch für den Themenkomplex Klimaschutz voranbringen.

Wir haben viele Kritikpunkte am diesjährigen Haushaltsentwurf. Vom Sanierungsstau bei den gemeindeeigenen Immobilien, den wir immer weiter vor uns her schieben bis zu den unnötigen Ausgaben wie die Planungsrate für die Umgehungsstraße. Trotzdem sehen wir auch notwendige Investitionen, zu denen wir stehen und positive Ansatzpunkte, die Möglichkeiten für das laufende Jahr eröffnen, insbesondere in Sachen Klimaschutz, Zukunftswerkstatt, Leerstandskataster und Digitalisierung.

Insgesamt wird die GLH deshalb trotz der genannten erheblichen Kritikpunkte den drei Positionen Haushaltsatzung, mittelfristige Finanzplanung und dem Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung mehrheitlich zustimmen.

Wir werden sehen, ob es angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Gremium gerade hinsichtlich Klimaschutz und Ökologie bei den gelegentlichen Lippenbekenntnissen verbleiben wird oder ob wir vorankommen.

Wir danken Frau Keil und Frau Richter sowie allen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung für die professionelle Aufstellung des Haushaltes 2021.

Es gilt das gesprochene Wort. Claudia Helmes für die Fraktion der GLH